

Oktober 2013

Ausgabe 2/2013

Sozialbehörden-INFO

Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern, Sozialamt

Rückblick auf die Septembersession

Der Grosse Rat hat in der Septembersession unter anderem zwei Geschäfte behandelt, welche eine grosse sozialpolitische Bedeutung haben: den Sozialbericht 2012 – Bekämpfung der Armut im Kanton Bern (Umsetzung der Motion Lüthi, SP Burgdorf) und die Motion von Ueli Studer (SVP Niederscherli) zur Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe.

Sozialbericht 2012 – Bekämpfung der Armut im Kanton Bern

Mit 112 zu 32 Stimmen und 4 Enthaltungen nahm der Grosse Rat am 5. September 2013 den [Bericht](#) des Regierungsrates zur Umsetzung der Motion Lüthi (M 044/2010) zur Kenntnis.

Der Bericht führt die Analysen der ersten beiden Sozialberichte (2008, 2010) zur wirtschaftlichen Situation der Berner Bevölkerung fort. Zusätzlich zu den Fakten und Zahlen enthält er 22 Massnahmen, die grundsätzlich geeignet sind, die Armut im Kanton Bern zu vermindern. Damit erfüllt der Regierungsrat die Forderung der Motion Lüthi (M 044/2010), gestützt auf die Analyse der Sozialberichterstattung einen Massnahmenplan zur Bekämpfung der Armut vorzulegen. Die überparteiliche Motion wurde im Juni 2010 von über 100 Grossrätinnen und Grossräten überwiesen.

Ergebnisse zur Armut im Kanton Bern:

- 12 Prozent der Haushalte mit Personen im Erwerbsalter waren 2010 im Kanton Bern arm oder armutsgefährdet. In diesen insgesamt 40'100 Haushalten lebten 75'500 Personen.
- Die Armuts- und Armutsgefährdungsquoten stiegen zwischen 2001 und 2008 stetig und haben sich seit 2008 auf hohem Niveau stabilisiert.
- Die Einkommen und Vermögen sind 2010 ungleicher verteilt als noch 2001.
- Die Einkommen der ärmsten zehn Prozent der Haushalte gingen zwischen 2001 und 2010 um gut einen Fünftel zurück.
- Alleinerziehende Frauen tragen mit Abstand das grösste Armutsrisiko.
- Bei Personen zwischen 56 und 60 Jahren ist das Armutsrisiko seit 2001 besonders stark gestiegen.

Inhalt

Rückblick auf die Septembersession

Kantonales Reporting der Sozialdienste: Schlussbericht

Weiterbildungsangebote für Mitglieder von Sozialbehörden im Kanton Bern

Wegen der schwierigen finanziellen Lage des Kantons hat der Regierungsrat sieben Massnahmen priorisiert und vorgeschlagen, sie etappenweise umzusetzen. Den Schwerpunkt legt er dabei auf die Optimierung des bestehenden Angebots, indem punktuell Lücken geschlossen und der Zugang zu den existierenden Leistungen verbessert werden soll. Neben verschiedenen Sensibilisierungsmassnahmen stehen der Ausbau zweier Beratungsangebote und der schulergänzenden Kinderbetreuung sowie die Harmonisierung von Stipendien und Sozialhilfe im Vordergrund.

Der Bericht nimmt damit eine langfristige Perspektive ein und thematisiert grundsätzliche Weichenstellungen für die Zukunft. Im Zentrum steht eine präventive Armutspolitik, die das Ziel verfolgt, dass grundsätzlich jede Person die Möglichkeit haben soll, ihren Lebensunterhalt in eigener Verantwortung zu sichern.

Mit der Kenntnisnahme des Berichts anerkennt der Grosse Rat, dass Armut im Kanton Bern ein strukturelles und dauerhaftes Problem ist, dem mit konkreten Massnahmen begegnet werden muss. Er unterstützt den Regierungsrat in seinem Bestreben, die Armut im Kanton Bern zu vermindern. Mit der Limitierung der Kosten trägt er den gegenwärtigen finanzpolitischen Verhältnissen Rechnung.

Motion Studer – Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe

Mit eindeutiger Mehrheit wurde die Motion Studer ([M 260/2012](#)) zur Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe am 5. September 2013 vom Grossen Rat angenommen.

Grossrat Ueli Studer (SVP) hat im November 2012 eine Motion zur Kostenoptimierung bei der Sozialhilfe eingereicht. Er forderte, die Anwendung der SKOS-Richtlinien neu auf Gesetzesebene (Sozialhilfegesetz) zu verankern und die Höhe der Sozialhilfe – konkret die Summe von Grundbedarf für den Lebensunterhalt, situationsbedingten Leistungen und Integrationszulagen – um 10 Prozent zu kürzen. Weiter sollten die Anreize verstärkt werden.

Der Grosse Rat stimmte bei der Behandlung der Motion am 5. September 2013 allen geforderten Punkten des Motionärs zu und sprach sich somit für eine Kürzung der Summe aller drei genannten Leistungen aus. Zudem wurde auch die Verstärkung des Anreizsystems mit grosser Mehrheit angenommen. Der Regierungsrat hatte die Kürzung des Grundbedarfs abgelehnt.

Mit dieser integralen Annahme der Motion hat sich der Grosse Rat gleichzeitig dafür entschieden – im Gegensatz zu den Empfehlungen des Regierungsrates – die Höhe der Sozialhilfeleistungen neu im Sozialhilfegesetz zu verankern.

Weiteres Vorgehen

Der Regierungsrat bzw. die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) hat nun den Auftrag, die Motion umzusetzen. Da eine Gesetzesänderung notwendig ist, wird es voraussichtlich zwei Jahre dauern, bis die Änderungen in Kraft treten. Wie diese Umsetzung genau aussieht, ist zum heutigen Zeitpunkt noch offen.

Kantonales Reporting der Sozialdienste: Schlussbericht

Der [Bericht zum Kantonalen Reporting](#) der Sozialdienste 2012 wurde Anfang Oktober 2013 verschickt und steht auch auf der [Homepage](#) der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) zum Herunterladen bereit.

Die Ergebnisse geben Auskunft über die Erfüllung der Wirkungs- und Leistungsziele der Sozialdienste: Prävention, Existenzsicherung, Ressourcenaktivierung, zielorientierte Entwicklung, Ablösung, Akzeptanz im Umfeld und Subsidiarität. Der Bericht gibt zum einen der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) und den Gemeinden Hinweise, wo die Wirkungsorientierung und Wirkungserfüllung der Sozialhilfe zufriedenstellend ist und wo noch Lücken bestehen. Hierfür wurden Handlungsempfehlungen formuliert, welche je nach Situation des Sozialdienstes umgesetzt und / oder angepasst werden sollten. Zum anderen soll der Bericht der Sozialbehörde eine Grundlage für die Controlling- und Planungsaufgaben darstellen. Die Ergebnisse geben zudem Hinweise, in welche Richtung die Sozialplanung gehen soll und wo entsprechende Massnahmen eingeleitet werden sollten.

Weiterbildungsangebote für Mitglieder von Sozialbehörden im Kanton Bern

Die Berner Fachhochschule führt im Auftrag des Kantonalen Sozialamtes der Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) Einführungs- und Vertiefungskurse für Mitglieder von Sozialbehörden durch. Die Kurse bieten eine Übersicht über die Aufgaben der Sozialbehörden, zeigen konkrete Handlungsmöglichkeiten auf und erläutern praxisnahe Modelle und Konzepte für die Aufgabenwahrnehmung. Die nächsten Kurse finden statt am:

- 7. November 2013, 17.00-20.15 Uhr (Vertiefungskurs)
- 13. November 2013, 17.00-20.15 Uhr (Vertiefungskurs)
- 27. März 2014, 17.00-20.15 Uhr (Vertiefungskurs)
- 8. Mai 2014, 8.45-17.00 Uhr (Einführungskurs)

Nähere Informationen zu den Kursinhalten und zur Anmeldung finden Sie auf der [Webseite der GEF](#). Die Unterrichtssprache ist Deutsch und die Kosten für die Kurse trägt die Gesundheits- und Fürsorgedirektion.

Impressum:

Ausgabe 2/2013

Herausgeberin:

Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern, Sozialamt
Rathausgasse 1
3011 Bern

Adressänderungen bitte per E-Mail an:

leandra.ott@gef.be.ch

Gesundheits- und Fürsorgedirektion im Internet:

<http://www.gef.be.ch>